

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkassentel.: Dresden 1330  
Stroßstraße Riesa Nr. 22.

Nr. 53.

Montag, 3. März 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintritts von Preisveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnlicher Text 10 Pf., für farbige Anzeigen 20 Pf. (10 Zeilen à 10 Spalten); für die 1. Spalte 20 Pf., für die 2. Spalte 15 Pf., für die 3. Spalte 10 Pf., für die 4. Spalte 7 Pf., für die 5. Spalte 5 Pf., für die 6. Spalte 4 Pf., für die 7. Spalte 3 Pf., für die 8. Spalte 2 Pf., für die 9. Spalte 1 Pf., für die 10. Spalte 1 Pf. (10 Zeilen). — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Postverkehrs oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

## Unser Freiheitskampf im Westen.

In einer einflussreichen Rundgebung haben sich im Rahmen eines Vorkrieges Reichsregierung und beteiligte Landesregierungen sowie die Vertreter der öffentlichen Meinung in Mainz im vergangenen Monat, um noch einmal mit Entschiedenheit in unmittelbarer Nähe der westlichen Kampffront die großen Fragen der Abwehr herauszuarbeiten. Gerade jetzt, wo die Pläne in Richtung einer Neutralisierung des Rheinlandes erneut aufgenommen sind, und auch auf dem Gebiet der Rheinlande gewisse Voraussetzungen nicht ungern gesehen werden, ist die hier formulierte Betonung, daß das Rheinland unabhäufiger Bestand des deutschen Reiches ist, von besonderer Bedeutung. In Rhein und Ruhr wird, so führte Minister Döllle aus, augenblicklich das deutsche Gesamtgeschick entschieden. Der Separatismus in seiner von den Franzosen organisierten Form ist zusammengebrochen. Der bewaffnete Einbruch hat zwar die Machtpotenz nach Osten hin verschoben, er hat aber an der Bestimmung der Bevölkerung nichts ändern können. Es ist angesichts dieser Tatsache, die heute selbst in Paris anerkannt werden muß und, wenn auch in umschriebener Form, anerkannt wird, schließlich ein Verbrechen gegen die einseitigen Forderungen der Billigkeit im Völkerrecht, wenn immer noch 140 000 Deutsche von Haus und Hof verjagt bleiben, die nichts getan haben als ihrem Volke die Treue gehalten. Eintausendhundert Deutsche gar schwächen aus dem gleichen Grunde in Gefängnissen. Kein Tag vergeht, ohne daß deutsche Menschen an Ehre, Leben und Eigentum unerhörte Vergehrungen weiter dulden müssen. Die Vertreter von Regierung und Volk haben in wirksamen Worten zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland in seiner Gesamtheit sich schicksalhaft mit dem deutschen Lande im Westen und den gemarterten deutschen Menschen im Osten fühlt. Dieses Gefühl der Verbundenheit muß aber in weit härterem Maße noch als es bisher gewesen ist, durch das deutsche Volk in Opfer und Tat bekräftigt werden. Nicht Rundgebungen und Reden können helfen, sondern nur Bereitschaft zum Opfer, Bereitschaft in den vielen kleinen Dingen des Alltags, die uns so leicht unsere Pflicht gegenüber dem im Kampfe lebenden deutschen Westen vergessen lassen, Bereitschaft auch, wenn es vielleicht einmal die heldische Tat im Großen gilt. Allen zum Opfer Bereiteten muß in diesen Tagen der besondere Dank des Volkes gelten, den Männern von Schlageter bis zu den Namenlosen, die sich in der Pfalz eingesetzt haben.

### Eine Rede des Reichspräsidenten.

Manheim. Bei dem Mannheimer Pressefest hielt der Vorsitzende des Verbandes der süddeutschen Presse, Oberredakteur Alfred Scheel-Mannheim, die Begrüßungsrede.

Der Reichspräsident antwortete hierauf mit Worten des Dankes und fuhr fort:

Wir sind Ihrer Einladung, an dieser Zusammenkunft der süddeutschen Presse teilzunehmen, mit ganz besonderer Genugtuung gefolgt; gilt doch der heutige Abend in erster Linie unseren bedrängten Brüdern und Schwestern im besetzten Gebiet, im besonderen den unter schwerster Leibes- und seelischer Bedrückung leidenden Volksgenossen der Pfalz. Ihnen, die Sie aus der Pfalz und vom Rhein heute hierher gekommen sind, um für einen Tag wieder einmal deutscher unter Deutschen sein zu können, Ihnen entbiete ich namens des Deutschen Reiches, namens der Deutschen Republik und namens des gesamten deutschen Volkes herzlichsten Gruß! Mit diesem Gruß verbinden wir den Ausdruck unserer Bewunderung und unseres Dankes für Ihr tapferes Ausdauern und Festhalten an deutschem Volkstum und am deutschen Reich, das Sie fremder Ansehung und Entrechtung entgegenstellen. Ein besonderes Wort des Dankes gebührt an dieser Stelle den Männern der Presse, die unter Einfluß von Freiheit und Heimat tapfer und opferbereit die Rechte der Bevölkerung und den wahren Geist der Pfalz gegen jede Fälschung verteidigt haben. Mit diesem Gruß und diesem Dank vereinen wir aber auch das feierliche Gelübdis des ganzen deutschen Volkes, die Treue, die Sie ihm gehalten, stets mit gleicher Treue zu vergelten.

Die Augen Deutschlands, ja — ich kann es mit Genugtuung sagen — die Augen der gesamten Kulturwelt, soweit ihr Völkergewissen und Menschenrechte mehr sind als Wortgebilde, ruhen seit Wochen auf den deutschen Bänden am Rhein, insbesondere auf der Pfalz, die unter dem Druck fremder militärischer Belagerung zur Erreichung aller machtpolitischen Ziele einem bewaffneten und gedungenen Gesindel überlassen worden ist, von dessen Gemeinshaft und Beseelschaft sich jeder anständige Pfälzer fernhält. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, durch eine Dombauß Abelsbeleumdeter, zum erheblichen Teile landfremder, ja ausländischer Elemente, die bis auf Blut gequälte Bevölkerung zur Abgabe an Heimat und Reich, zur Ablösung tausendjähriger Bande der Geschichte und Kultur zu zwingen, ist an der bewundernswürdigen Widerstandskraft der Bevölkerung und an ihrem unerschütterlichen deutschen Glauben und Denken gescheitert. Die Pfalz ist heute Fremdenland und wird es bleiben! Das schwere Schicksal und die harten Ergebnisse, die die Bande am Rhein seit der fremden Besetzung durchgemacht haben, haben diese Bande und die Herzen ihrer Bewohner nur noch fester und unabhäufiger mit dem deutschen Vaterland verankert.

Mit besonders herzlichem Mißgefühl gedenken wir in dieser Stunde unserer Brüder und Schwestern, die fremder Gewalt und der Niedertracht zwangloser Volksgenossen zum Opfer gefallen sind. Zahlreiche Deutsche sind ums Leben gekommen, hunderte sind der Freiheit beraubt worden und noch jetzt im Kerker, und viele Tausende sind unter der Separatistenherrschaft aus der pfälzischen Heimat verjagt worden. Ich kann auch hier nur von neuem bekräftigen, daß die

Reichsregierung wie bisher auch ferner alles, was in ihren Kräften liegt, tun wird, um das Los dieser Opfer der Gewalt zu lindern, um den Belagerten Freiheit und Heimat wiederzugeben, um zu helfen, wo geholfen werden kann. Die Reichsregierung wird auch alles daran setzen, um der Bevölkerung der Pfalz Lebensbedingungen wiederzueröffnen, wie sie Menschenrechte und Menschenwürde gebieten. Die deutsche Regierung wird alles tun, um der Welt den Beweis zu erbringen, daß es sich nicht um eine Zwangsabgabe der Bevölkerung der Pfalz handelt, sondern um den Versuch, mit unantwärtlichen und am grössten Teil gekauften Subjekten einen deutschen Volkstamm gegen seinen Willen in Gegensatz zu seiner Heimat und dem Volksganzen zu bringen.

Dies am Rheine vorgeht seit unser Nationalbewußtsein; solange das deutsche Volk lebt und atmet, wird es ausdauern im Kampfe um den deutschen Rhein! Bekleben werden wir diesen Kampf aber nur, wenn wir in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unseres Volkes in Gemeinschaft und Treue zusammenstehen. So soll der heutige Abend unseren Mitbürgern aus der Pfalz und vom Rhein die Gewißheit geben, daß, ungeachtet verschiedener vorkrieglicher Meinungen, das ganze deutsche Volk mit ihnen steht, zu ihnen steht und entschlossen ist, ihnen zu helfen, so wie Sie drüben alles Treuende zurücktreten ließen hinter dem großen Gedanken der deutschen Sache und der Freiheit. Möge dieser Geist der Schicksalsgemeinschaft und des Zusammengehens Beispiel und Mahnung für alle Deutschen und für alle Tage sein, möge er für unsere Zukunft das Zeichen sein, in dem Recht und Freiheit liegen!

## Opfertag für Pfalz und Rheinland.

Königsberg. Nirgends in Ostpreußen wurde gestern der Opfertag für Pfalz und Rheinland unter allgemeiner Anteilnahme der Bevölkerung begangen. In zahlreichen Versammlungen wurde der Brüder und Schwestern des besetzten Gebietes aus herzlichster Gedächtnis bei der Feier im Büchsenklub in Königsberg, an der die Führer der Verbände teilnahmen, ergriff auch der zur Zeit in Königsberg weilende preussische Staatsminister Dr. Wendorf das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er es als ein Verbandsbedürfnis bezeichnete, auszusprechen, daß die preussische Staatsregierung sich mit den hier Versammelten eng verbunden fühle in dieser Feierstunde des Gedenkens und des Dankes für die Volksgenossen im Westen. Direktor Vogel, Leiter des Saalvereins Berlin, schilderte in eindrucksvollen Worten die Leiden und das unerschütterliche Standhalten der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegenüber der französischen Bedrückung und dem schamlosen Treiben der Separatisten.

## Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincaré. Aus dem Schreiben Macdonalds.

Paris. Macdonald schreibt in seinem Brief an Poincaré den Wunsch aus, in der nächstbesten Unterredung der beiden Länder bestehenden Schwierigkeiten fortzuführen, die nach seiner Ansicht nicht ablos unermesslich gewesen seien. In England sei das Empfinden weit verbreitet, daß Frankreich entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Lage zu schaffen versuche, die ihm bringen solle, was es während der Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten nicht habe durchsetzen können. Eine solche Politik verweigere nach Ansicht vieler Engländer die Ungewissheiten und Gefahren einer Lage, die man nur Kriegsstand nennen könne, und müsse schließlich alle von Frankreich vorübergehend durchgesetzten Sicherheitsgarantien vernichten. Anstelle der gewünschten Abgrenzung sei stattdessen Frankreich nur eine solidarische Bürgschaft Großbritanniens und der Vereinigten Staaten geboten worden; das Angebot sei aber durch Abstreifen Amerikas hinfällig geworden. Die Franzosen hätten dann versucht, an die Stelle des Garantievertrages andere greifbarere Garantien zu setzen. Eine weitere Enttäuschung habe die französische Öffentlichkeit hinsichtlich der Reparationen erlebt. Die an den Weg geknüpften Hoffnungen würden in keinem Verhältnis zu den jetzigen wirtschaftlichen Anfeindungen. Das wirtschaftliche England schwäche in schwerer Gefahr. Die europäischen Mächte befänden sich hauptsächlich durch die ständige Ungewissheit der französisch-deutschen Beziehungen in Verfall; das wirtschaftliche Chaos in Deutschland dauere an, und auch in den Beziehungen zwischen Frankreich und England bestehe Ungewissheit. So sei in der Bevölkerung Englands die sorgenvolle Überzeugung entstanden, daß Frankreich entschlossen sei, Deutschland zu Grunde zu richten und auf dem Festlande zu herrschen ohne Rücksicht auf die vernünftigen Interessen Englands und die künftigen Folgen, die sich daraus für die Regelung der europäischen Angelegenheiten ergäben.

Macdonald wüßte von Herzen, daß er und Poincaré lands des Vertrauens zu verschaffen, daß die vorhandenen Beziehungen und Empfindlichkeiten auf dem Wege seien, grundlos zu werden. Das französische Volk wüßte Sicherheit; das englische aber ein identisches Ideal. Während aber Frankreich nur an Schuld gegen Deutschland denke, lege das britische Volk dem Worte Sicherheit eine viel weiter gehende Bedeutung bei. Es wüßte Sicherheit vor Krieg. Das Sicherheitsproblem sei kein französisches, sondern ein europäisches Problem. Es sei sehr leicht möglich, daß in den nächsten zehn Jahren die allgemeine Abwärtstendenz und die Ausbreitung des schicksalhaften Verfahrens über die Welt komme.

Die gewünschten Reparationen hänge sich das französische Volk vor allem in der konkreteren Form deutscher Zahlungen

versuchen, der öffentlichen Meinung Frankreichs und Englands für die auf französischem Gebiete verursachten Schäden vor. Auch das englische Volk wüßte Wiederherstellung der Verhältnisse des Krieges. Nach seiner Auffassung erstreckten sich diese Verwüstungen weiter auf ruinierte Absatzmärkte, geschwundene Kaufkraft, Niedergang des Schiffbaus und deren mangelnde Stabilität, Entwertung der Währung und deren Verfall, ihr Wiederaufbau werde sich weniger mit Händen greifen lassen und mehr Zeit beanspruchen. Vor Erörterung dieses Problems müßte der Bericht der Sachverständigen abgewartet werden, von dem er hoffe, daß er die beiden Länder einander näher bringen werde. Auf dieser Grundlage wüßte er mit Poincaré die schwebenden Probleme zu erörtern. Die vielen subsidiären Fragen würden zweifellos nicht unlosbar sein. Nach seiner Überzeugung gebe es eine Stellung der europäischen Verhältnisse nur, wenn Frankreich und England voll gegenseitiger Sympathie für ihre Bedürfnisse und unter kluger Berücksichtigung der Interessen der ganzen Welt gemeinsam vorgehen. Er sei hierzu bereit.

### Ueber Poincarés Antwortschreiben.

In seinem Antwortschreiben versichert Poincaré, mit Macdonald vollkommen einig zu sein hinsichtlich seines Erwoßns über die zu regelnden Fragen. Er wolle aber nicht mehr als bisher in Einzelheiten eingehen oder konkrete Vorschläge formulieren; er sei jedoch bereit, mit Macdonald die Prüfung der großen Probleme im Geiste des Einigens einmündig und loyal anzugehen. Die Interessen Frankreichs, das die Reparation seiner materiellen Schäden und die endgültige Herstellung seiner Sicherheit wolle, und Englands, das vor allem die Wiederherstellung der europäischen Märkte wüßte, seien nicht unvereinbar. Poincaré erwartete sich dagegen, daß Frankreich bei der Vertretung seiner Interessen energiegelager sei oder an die politische oder wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands denke. Als gläubiger Deutscher sei Frankreich stets daran interessiert, daß Deutschland produktiver könne. Er weist ferner den Gedanken einer totalen Suprematie Frankreichs zurück und verichert Macdonald, daß kein vernünftiger Franzose es daran gedenke, auch nur einen Quadratzentimeter deutschen Bodens Frankreich einzubringen. Abgesehen von Gleich-Lothringen habe Frankreich niemals den Rhein als Grenze verlangt, der eine Barriere gegen neue deutsche Angriffe bilden müßte. Poincaré geht dann auf die militärischen Maßnahmen Frankreichs ein, die nicht gegen England gerichtet seien, sondern einschließlich der Luftkräften Frankreich gegen die eventuelle deutsche Revanche verteidigen sollten.

Das Ruhrgebiet sei besetzt worden, um Deutschland zu bestimmen, daß es seine Schulden an Frankreich begleiche, und um den hartnäckigen Widerstand der deutschen Industriemagnaten zu überwinden. Dieses Druckmittel werde außer Tätigkeit treten, sobald Deutschland sich seiner Verpflichtungen entledigt habe. Die Besetzung der Rheinlande werde ein Ende nehmen, wenn die vom Friedensvertrage aufgestellten Bedingungen erfüllt seien und die Sicherheit Frankreichs garantiert werde. Nach Einbringung der Sachverständigenberichte und ihrer Prüfung durch die Reparationskommission und die alliierten Regierungen könne man, so hoffe er, rasch zu einer Gesamtregelung gelangen und durchsehen, daß Deutschland sie durchführe. Poincaré dankt in diesem Zusammenhang Macdonald für die Erklärung, daß die Frage der interalliierten Schulden als mit der Reparationsfrage zusammenhängend zu betrachten sei. Es sei unendlich wünschenswert, daß sie zu gleicher Zeit geregelt werden.

Poincaré erklärt schließlich, eine Stärkung des Vorkrieges des Völkerbundes, eine Beseitigung der Wiederherstellung der Kriegsschäden und die Festigung des Weltfriedens könnten um so rascher und gründlicher erfolgen, je enger das Einverständnis zwischen England und Frankreich sei, und dankt Macdonald dafür, daß er das selbst mit so großer Klarheit festgehalten habe.

## Katholiken-Zugung im Reichstag.

### Der Reichskanzler gegen Ludendorffs Ausführungen.

Berlin. Im Reichstage wurde gestern abend eine Versammlung des Volksvereins für die Katholiken Deutschlands abgehalten, in der Reichskanzler Dr. Marx und Reichswehrminister Dr. Brauns sprachen. Der Reichskanzler bezeichnete es als ein nationales Verhängnis, daß weite Kreise dem neuen Staat teilnahmslos oder gar feindlich gegenüberstünden. Es sei gewiss, daß die Arbeit am Staatswohl von der Staatsform abhängig zu machen. Nach der Annahme der Verfassung habe der neue Staat eine unbedeutende Rechtsgrundlage. Über diesen Staat durch Wuthe oder andere gewalttätige Handlungen beiseite zu räumen, sei ein Hochverrat. Weiter kennzeichnete der Reichskanzler die völkische Bewegung als verhängnisvoll. Zum Schluß wandte er sich scharf gegen Ludendorff und dessen Ausführungen gegen die deutschen Katholiken, die er als Verleumdungen zurückwies. Auch Dr. Brauns wandte sich gegen Ludendorff. In Zurückweisung des Angriffs Ludendorffs auf Erzberger teilte er mit, daß im Herbst 1918, als in Berlin über die Frage der Ablegung des Kaisers und Abkündigung der Kaiserliche verhandelt wurde, das Zentrum und besonders Erzberger für das Verbleiben der Bodenlosen sich einsetzt hätten.